



Bundesministerium des Innern und für Heimat, 11014 Berlin

An die

für das Aufenthaltsrecht

zuständigen Ministerien und Senatsverwaltungen der Länder

cc: PIK-Landeskoordinatoren

**Registrierung von Kriegsgeflüchteten aus der Ukraine ab dem 1. Juni
2022**

Schreiben vom 14. März 2022, M5-12000/72#1

M5-12000/72#7

Berlin, 25. Mai 2022

Seite 1 von 4

Alt-Moabit 140
10557 Berlin

Postanschrift
11014 Berlin

Tel +49 30 18 681-10679

Fax +49 30 18 681-

bearbeitet von:
Braun/Trapp

M5@bmi.bund.de
www.bmi.bund.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit anliegendem Schreiben möchte ich Sie über die biometriebasierte Registrierung der Kriegsgeflüchteten aus der Ukraine ab dem 1. Juni 2022 informieren. Ferner möchte ich Ihnen Hinweise zum Verfahren der bis zum 31. Oktober 2022 nachzuholenden erkennungsdienstlichen Behandlungen geben.

Ich bitte Sie, dieses Informationsschreiben an alle registrierenden Stellen in Ihrem Land weiterzuleiten.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 20. Mai 2022 seine Zustimmung zu einem *Gesetz zur Regelung eines Sofortzuschlages und einer Einmalzahlung in den sozialen Mindestsicherungssystemen sowie zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Gesetze* erteilt. Mit dem Gesetz werden neue Regelungen zur Registrierung der Kriegsgeflüchteten aus der Ukraine anlässlich des **so genannten Rechtskreiswechsels** vom AsylbLG in die sozialen Sicherungssysteme des Sozialgesetzbuchs getroffen:

- Geflüchtete Menschen aus der Ukraine, die erkennungsdienstlich behandelt wurden und bereits eine Aufenthaltserlaubnis nach § 24 AufenthG oder eine entsprechende Fiktionsbescheinigung erhalten haben, werden ab dem 1. Juni 2022 vom AsylbLG in das SGB II bzw. SGB XII überführt.

- Bei Personen, die vor dem 1. Juni 2022 eine entsprechende Bescheinigung oder Aufenthaltserlaubnis erhalten haben, genügt die Speicherung der Grunddaten im AZR, die erkennungsdienstliche Behandlung ist in diesen Fällen bis zum 31. Oktober 2022 nachzuholen.
- Bezüglich des Rechtskreiswechsels und der damit verbundenen Rechtsfragen erhalten Sie gesonderte Schreiben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und des Bundesministeriums des Innern und für Heimat.

Rechtsgrundlage für **die erkennungsdienstliche Behandlung** bildet ein **neuer § 49 Abs. 4a AufenthG**, wonach die Identität von Ausländern, die ab dem 1. Juni 2022 eine **Aufenthaltserlaubnis** nach § 24 AufenthG beantragen und

- die das 14. Lebensjahr vollendet haben, vor Erteilung der Aufenthaltserlaubnis durch erkennungsdienstliche Maßnahmen zu sichern **ist**;
- die das sechste, aber noch nicht das 14. Lebensjahr vollendet haben, vor Erteilung der Aufenthaltserlaubnis durch erkennungsdienstliche Maßnahmen gesichert werden **soll**;
- die das sechste Lebensjahr noch nicht vollendet hat, vor Erteilung der Aufenthaltserlaubnis **nicht** durch eine erkennungsdienstliche Behandlung gesichert wird (vgl. § 49 Abs. 6 S. 2 AufenthG).

Ferner ist die Ausstellung einer **Fiktionsbescheinigung** nach § 81 Abs. 5 AufenthG ab dem 1. Juni 2022 nur zulässig, wenn eine erkennungsdienstliche Behandlung durchgeführt worden ist und eine Speicherung der hierdurch gewonnenen Daten im Ausländerzentralregister erfolgt ist (vgl. neuer § 81 Abs. 7 AufenthG).

Registrierung ab dem 1. Juni 2022

Ab dem 1. Juni 2022 umfasst die Registrierung von Kriegsgeflüchteten aus der Ukraine eine erkennungsdienstliche Behandlung gemäß § 49 Abs. 4a AufenthG sowie eine Datenübermittlung an das Ausländerzentralregister gemäß § 6 Abs. 2 S. 3 Nr. 1 und 4 AZRG.

Im Rahmen der erkennungsdienstlichen Behandlung genügt die Abnahme und Übermittlung sog. flacher Fingerabdrücke. Die zusätzliche Abnahme gerollter Fingerabnahme kann entfallen. Ferner ist ein Lichtbild zu übermitteln.

Bei **vulnerablen Personengruppen** (bspw. Kriegsgeflüchtete aus der Ukraine mit stationärem Aufenthalt in Krankenhaus oder Pflegeeinrichtung, Kriegsgeflüchtete aus der Ukraine mit schweren Behinderungen) kann von einer erkennungsdienstlichen Behandlung im Rahmen der Registrierung dauerhaft abgesehen werden, soweit insbesondere die Abnahme von Fingerabdrücken absehbar bis zum 31. Oktober 2022 im Einzelfall unzumutbar und damit nicht angemessen ist. Die örtlich zuständige Ausländerbehörde wird gebeten, zeitnah eine Datenübermittlung an

das Ausländerzentralregister gemäß § 6 Abs. 2 S. 3 Nr. 1 AZRG über das vor Ort genutzte Fachverfahren sicherzustellen.

Bei jenen vulnerablen Personengruppen, bei denen eine erkennungsdienstliche Behandlung im Einzelfall nur temporär unzumutbar und damit nicht angemessen ist, ist diese bis zum 31. Oktober 2022 nachzuholen, soweit die zuständige registrierende Stelle über die hierfür erforderlichen personellen und technischen Kapazitäten verfügt. Die örtlich zuständige Ausländerbehörde wird zunächst gebeten, zeitnah eine Datenübermittlung an das Ausländerzentralregister gemäß § 6 Abs. 2 S. 3 Nr. 1 AZRG über das vor Ort genutzte Fachverfahren sicherzustellen. Die Nachregistrierung ist nach Möglichkeit dann vorzunehmen, wenn die betroffene Person ohnehin einen Termin bei der zuständigen Ausländerbehörde hat.

Für eine Registrierung mittels Personalisierungsinfrastrukturkomponente (PIK) wird ab dem 1. Juni 2022 ein entsprechender **Workflow „UKR“** angeboten. Zusätzlich können ab Juni die **Registrierungskapazitäten** durch bedarfsgerechte Bereitstellung weiterer PIK-Stationen erhöht werden.

Nachträgliche erkennungsdienstliche Behandlung bis zum 31. Oktober 2022

Bei Personen, denen vor dem 1. Juni 2022 eine entsprechende Fiktionsbescheinigung ausgestellt oder eine Aufenthaltserlaubnis nach § 24 Abs. 1 AufenthG ohne erkennungsdienstliche Behandlung erteilt wurde, genügt für den Rechtskreiswechsel ins SGB II und XII die Speicherung der Grunddaten im AZR; die erkennungsdienstliche Behandlung nach § 49 Abs. 4a AufenthG ist in diesen Fällen bis zum 31. Oktober 2022 nachzuholen (Übergangsregelung zur nachträglichen erkennungsdienstlichen Behandlung).

Hinsichtlich vulnerabler Personengruppen wird auf die Ausführungen zur Registrierung ab dem 1. Juni 2022 Bezug genommen.

Für eine nachträgliche erkennungsdienstliche Behandlung zu einem bereits angelegten AZR-Datensatz mittels Personalisierungsinfrastrukturkomponente (PIK) wird ab dem 1. Juni 2022 ein entsprechender **Workflow „UKR-Biometrie“** angeboten. Zusätzlich können ab Juni die **Registrierungskapazitäten** durch bedarfsgerechte Bereitstellung weiterer PIK-Stationen erhöht werden.

Übergangsregelungen für Registrierungen im vereinfachten Verfahren bis zum 1. Juni 2022

Bezugnehmend auf mein Länderschreiben vom 14. März 2022 möchte ich darüber informieren, dass soweit von der Möglichkeit einer vereinfachten Biometrieerfassung bei Kriegsgeflüchteten aus der Ukraine, die das 14. Lebensjahr vollendet haben, Gebrauch gemacht werden musste, auf

eine vollständige Nacherfassung verzichtet werden kann. Dies bedeutet: Soweit bereits vier Finger der rechten Hand im Rahmen der erkennungsdienstlichen Behandlung erfasst wurden, ist eine Nacherfassung der bis zu weiteren sechs Fingern nicht erforderlich.

Bei begleiteten kriegsgeflüchteten Kindern aus der Ukraine, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, von denen im Rahmen der erkennungsdienstlichen Behandlung nur ein Lichtbild aufgenommen wurde, ist eine nachträgliche Erfassung von Fingerabdrücken nur nachzuholen, soweit die zuständige registrierende Stelle über die hierfür erforderlichen personellen und technischen Kapazitäten bis zum 31. Oktober 2022 verfügen sollte und die betroffene Person ohnehin einen Termin bei der zuständigen Ausländerbehörde hat.

Bei Fragen stehen Ihnen meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Fachreferat M5 (M5@bmi.bund.de) gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag


Dr. Gregor Kutzschbach



Bundesministerium des Innern und für Heimat, 11014 Berlin

An die
für das Aufenthaltsrecht zuständigen
Ministerien und Senatsverwaltungen der Länder

Alt-Moabit 140
10557 Berlin
Postanschrift
11014 Berlin

M3AG@bmi.bund.de
www.bmi.bund.de

Neuregelungen im Aufenthaltsgesetz zum 01.06.2022 aufgrund des „Gesetzes zur Regelung eines Sofortzuschlages und einer Einmalzahlung in den sozialen Mindestsicherungssystemen sowie zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Gesetze“

- **Ergebnisse der Bund-Länder-Arbeitsgruppe
Registrierung/Rechtskreiswechsel**

M3-21000/33#22

Berlin, 27. Mai 2022

Seite 1 von 5

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 1. Juni 2022 tritt das Gesetz zur Regelung eines Sofortzuschlages und einer Einmalzahlung in den sozialen Mindestsicherungssystemen sowie zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Gesetze (Beschlussempfehlung BT-Drs. 20/1768) („Sofortzuschlagsgesetz“) in Kraft. Damit wird auch der Beschluss des Bundeskanzlers und der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 7. April 2022 umgesetzt, wonach die aus der Ukraine geflüchteten Menschen unter weiteren Voraussetzungen in den Anwendungsbereich des Zweiten und Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuches (SGB II und SGB XII) einzubeziehen sind („Rechtskreiswechsel“). Dies erforderte auch Änderungen im Aufenthaltsgesetz (AufenthG), die u. a. auch § 24 AufenthG betreffen. Darüber hinaus stellen sich im Zusammenhang mit dem Rechtskreiswechsel zahlreiche Fragen zur Anwendung der aufenthaltsrechtlichen Regelungen.

Hierzu gebe ich Ihnen, zunächst in Ergänzung meines Schreibens vom 14. April 2022, kurzfristig die nachfolgenden Hinweise.

1. Wohnsitzauflage

In Bezug auf die grundsätzlichen Neuregelungen zur Wohnsitzauflage in §§ 24 und 12a AufenthG werde ich Sie gesondert informieren. Vorliegend möchte ich Sie jedoch bereits über die für den Rechtskreiswechsel relevanten Aspekte zur Wohnsitzauflage, insbesondere soweit sie Gegenstand der Bund-Länder-Arbeitsgruppe und ihrer Unterarbeitsgruppen zur Registrierung und zum Rechtskreiswechsel waren, in Kenntnis setzen.

Die Wohnsitzregelung nach § 24 Absatz 5 Satz 2 AufenthG entsteht kraft Gesetzes nach einer Verteilung gemäß § 24 Absatz 3 AufenthG und einer Zuweisung gemäß § 24 Absatz 4 Satz 1 AufenthG. Eine landesinterne Zuweisung gemäß § 24 Absatz 4 Satz 1 AufenthG ist künftig in das Ermessen der obersten Landesbehörde oder einer von ihr bestimmten Stelle gestellt. Gemäß § 24 Absatz 4 Satz 2 AufenthG erlischt die Zuweisungsentscheidung mit Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 24 Absatz 1 AufenthG. Damit hat die Wohnsitzverpflichtung gemäß § 24 Absatz 5 Satz 2 AufenthG nur solange Bestand, wie auch die Zuweisungsentscheidung nach § 24 Absatz 4 Satz 1 AufenthG Bestand haben würde. Ab Erteilung der Aufenthaltserlaubnis gemäß § 24 Absatz 1 AufenthG greift dann die auf ein Land bezogene Wohnsitzverpflichtung gemäß § 12a Absatz 1 AufenthG auf Grundlage der Verteilung nach § 24 Absatz 3 AufenthG. Die Länder können gemäß § 12a Absatz 3 AufenthG unter den dort genannten Voraussetzungen zudem bestimmen, dass der Ausländer einen Wohnsitz an einem bestimmten Ort innerhalb des Landes zu nehmen hat, oder nach § 12a Absatz 4 AufenthG, dass ein Ausländer seinen Wohnsitz nicht an einem bestimmten Ort innerhalb des Landes nehmen darf.

Die Entstehungshindernisse für eine Wohnsitzverpflichtung gemäß § 12a Absatz 1 Satz 2 AufenthG und die Aufhebungsgründe gemäß § 12a Absatz 5 finden vor der Titelerteilung analog und nach Titelerteilung direkt Anwendung.

Für den Fall, dass keine Aufenthaltserlaubnis gemäß § 24 Absatz 1 AufenthG erteilt wird, bestimmt sich die Wirksamkeit der Zuweisungsentscheidung nach deren Ausgestaltung. Grundsätzlich gilt, dass die Zuweisung wirksam ist, sofern sie nicht kraft Gesetzes gemäß § 24 Absatz 4 Satz 2 AufenthG erlischt oder sie aufgehoben worden ist. Wird die Zuweisungsentscheidung derart bestimmt, dass sie im Fall einer Ablehnung des Antrags auf Titelerteilung gem. § 24 Absatz 1 AufenthG erlischt, bedarf es im Fall einer Ablehnung keiner Aufhebung der Zuweisung. Die Zuweisungsentscheidung sollte deshalb derart ausgestaltet sein, dass diese im Fall einer Ablehnung der Titelerteilung erlischt.

Für das SGB II gilt: Liegt eine Wohnsitzauflage vor, ist nach § 36 Absatz 2 Satz 1 SGB II das Jobcenter zuständig, in dessen Gebiet die leistungsberechtigte Person nach § 12a Absatz 1 bis 3 AufenthG ihren Wohnsitz zu nehmen hat. Danach ist die Verteilung zunächst nur in ein bestimmtes Bundesland vorgesehen. Die örtliche Zuständigkeit kann demnach nur in einem Jobcenter begründet werden, das in dem bestimmten Bundesland liegt. Wird ein Antrag in einem Jobcenter außerhalb des bestimmten Bundeslandes gestellt, ist der Antrag abzulehnen und die leistungsberechtigte Person darüber zu informieren, welche Jobcenter zuständig sein könnten. Wird der leistungsberechtigten Person ein bestimmter Wohnort zugewiesen, ist das Jobcenter zuständig, in dessen Bezirk die leistungsberechtigte Person ihren Wohnsitz zu nehmen hat. Wird ein Antrag auf SGB II-Leistungen in einem anderen Jobcenter gestellt, ist der Antrag an das zuständige Jobcenter weiterzuleiten.

Wenn eine Wohnsitzauflage nicht entstanden ist oder aufgehoben wurde, richtet sich die örtliche Zuständigkeit nach § 36 Absatz 1 SGB II.

Auf Zuweisungsentscheidungen nach § 24 Absatz 4 AufenthG wird § 36 Absatz 2 SGB II analog angewendet.

Für das SGB XII gilt: Aus § 23 Absatz 5 SGB XII ergibt sich, dass im Falle einer Wohnsitzregelung nach § 12a AufenthG der Träger am Zuweisungsort zuständig ist. Auf eine Zuweisungsentscheidung nach § 24 Absatz 4 AufenthG findet § 23 Absatz 5 SGB XII analoge Anwendung.

2. Fiktionsbescheinigungen

Neben den sonstigen Leistungsvoraussetzungen ist Voraussetzung für den Bezug von SGB II bzw. SGB XII-Leistungen durch Ausländer, die eine Aufenthaltserlaubnis nach § 24 AufenthG beantragt haben,

- eine Fiktionsbescheinigung nach § 81 Absatz 3 oder Absatz 4 in Verbindung mit Absatz 5 AufenthG oder eine Aufenthaltserlaubnis nach § 24 Absatz 1 AufenthG und
- eine erkennungsdienstliche Behandlung.

Sofern die Personen **vor dem 1. Juni 2022** eine Fiktionsbescheinigung erhalten haben oder eine Aufenthaltserlaubnis nach § 24 Absatz 1 AufenthG erteilt wurde, muss für den Rechtskreiswechsel entweder die Speicherung der Daten im AZR (§ 3 AZR-Gesetz) oder eine erkennungsdienstliche Behandlung erfolgt sein. Wenn die Personen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 24 Absatz 1

AufenthG oder eine entsprechende Fiktionsbescheinigung **ab dem 1. Juni 2022** erhalten haben, muss für Personen ab 14 Jahren eine erkennungsdienstliche Behandlung erfolgt sein, da eine solche ab dem 1. Juni 2022 Voraussetzung für die Ausstellung der genannten Dokumente ist.

Nach Auskunft einzelner Länder sind in der Vergangenheit Bescheinigungen i.S.d. § 81 Absatz 3 und Absatz 4 i.V.m. Absatz 5 AufenthG ausgestellt worden, ohne dass das für Fiktionsbescheinigungen gemäß § 58 Nr. 3 AufenthV vorgeschriebene Muster verwendet worden ist (sog. „Ersatzbescheinigungen“). § 58 Nr. 3 AufenthV schreibt vor, dass für die Ausstellung von Fiktionsbescheinigungen, das in Anlage D3 der AufenthV abgedruckte Muster zu verwenden ist. Für den Rechtskreiswechsel dürfen ausnahmsweise solche Ersatzbescheinigungen bis zum 31. Oktober 2022 anerkannt werden, die bis zum 31. Mai 2022 ausgestellt worden sind. Die Ersatzbescheinigungen sollen grundsätzlich die Informationen des gesetzlich vorgesehenen Vordrucks der Fiktionsbescheinigung enthalten. Sie müssen die Beantragung der Aufenthaltserlaubnis bescheinigen. Anlaufbescheinigungen, Verteilbescheinigungen mit FREE oder Ankunftsnachweise genügen diesem Erfordernis nicht. Zudem ist im Rahmen des Rechtskreiswechsels bei Vorlage einer Ersatzbescheinigung die Speicherung im AZR durch den SGB II bzw. SGB XII-Träger zu prüfen.

Darüber hinaus ist auf den Fiktionsbescheinigungen der Hinweis aufzunehmen, dass diese auf Grundlage eines Antrags auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 24 AufenthG ausgestellt wurden. Dieser Hinweis ist für die Leistungsbehörden wichtig, da diese anders nicht die Leistungsberechtigung feststellen können.

- **Umgang mit nicht-ukrainischen Drittstaatsangehörigen**

Ein Rechtskreiswechsel setzt voraus, dass eine Aufenthaltserlaubnis nach § 24 Absatz 1 AufenthG oder eine entsprechende Fiktionsbescheinigung erteilt worden ist. Wird ein anderer Titel beantragt, beispielsweise zur Erwerbstätigkeit, und eine entsprechende Fiktionsbescheinigung ausgestellt, findet ein Rechtskreiswechsel nicht statt.

Alle Personen, die nach Antragsstellung auf eine Aufenthaltserlaubnis nach § 24 Absatz 1 AufenthG eine Fiktionsbescheinigung erhalten haben und die sonstigen Leistungsvoraussetzungen erfüllen, sind (zunächst) SGB II-leistungsberechtigt. Dies hat auch zur Folge, dass es (wenige) Personen geben wird, die zunächst einen SGB II Anspruch haben werden, nach negativer Bescheidung des Antrages jedoch nicht mehr. Für das SGB XII gilt dies entsprechend. Daher soll vor Ausgabe der Fiktionsbescheinigung jedenfalls eine Prüfung erfolgen, ob der Antrag nicht offensichtlich unbegründet ist. Damit soll vermieden werden, dass Personen Leistungen beziehen, die

offensichtlich keinen Anspruch auf diese Leistungen nach Entscheidung über die Titelerteilung mehr haben werden.

In den Fällen des § 81 Absatz 4 AufenthG, in denen der Antrag zwar rechtzeitig gestellt wird, die Voraussetzungen für eine Verlängerung des Aufenthaltstitels offenkundig nicht vorliegen oder der Aufenthaltstitel aufgrund einer rechtlichen Regelung nicht verlängert werden kann, ist der Antrag unverzüglich abzulehnen (s. hierzu auch Ziffer 81.4.1.2 AVV zum AufenthG).

Zu Fragen der Registrierung von Kriegsgeflüchteten aus der Ukraine ab dem 1. Juni 2022, insbesondere zur erkennungsdienstlichen Behandlung nach § 49 Absatz 4a AufenthG, wird auf das gesonderte Schreiben des BMI vom 25. Mai 2022 (Az.: M5-12000/72#7) hingewiesen.

3. Belehrungen/Merkblätter

Im Länderschreiben vom 14. April 2022 habe ich angekündigt, ein aktualisiertes bundeseinheitliches Merkblatt zu übersenden, das erste wichtige Hinweise für aus der Ukraine Geflüchtete umfasst. Damit sollen die Vorgaben des Art. 9 der Richtlinie 2001/55/EG und § 24 Absatz 7 AufenthG umgesetzt werden, wonach Ausländer, die vorübergehenden Schutz genießen, über bedeutsame Bestimmungen sowie über die Rechte und Pflichten zu informieren sind. Das Merkblatt, sowie die englischen und ukrainischen Übersetzungen finden Sie in der Anlage.

Ich bitte, diese Hinweise den Ausländerbehörden in geeigneter Weise zur Kenntnis zu geben.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag
[elektronisch gezeichnet]
Dr. Burbaum

Anlagen

Merkblatt gem. § 24 Abs. 7 AufenthG nebst Übersetzung (Englisch, Ukrainisch).

Merkblatt für aus der Ukraine geflüchtete Personen die in der Bundesrepublik Deutschland vorübergehenden Schutz suchen

Das Merkblatt richtet sich an Personen, die vom Durchführungsbeschluss (EU) 2022/382 des Rates vom 4. März 2022 zur Feststellung des Bestehens eines Massenzustroms von Geflüchteten aus der Ukraine im Sinne des Artikels 5 der Richtlinie 2001/55/EG und zur Einführung eines vorübergehenden Schutzes (ABl. L 71 vom 4.3.2022, S. 1) erfasst sind und sich in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten.

Rechte und Pflichten beim vorübergehenden Schutz

Sie haben wegen des russischen Überfalls auf die Ukraine in der Bundesrepublik Deutschland vorübergehenden Schutz beantragt oder bereits erhalten. Dieses Merkblatt informiert Sie über die wesentlichen aufenthaltsrechtlichen damit verbundenen Rechte und Pflichten. Informationen zu allen allgemeinen Gesichtspunkten, die für Neueinwanderer in Deutschland wichtig sind, sind im Merkblatt nicht enthalten. Solche Informationen werden in verschiedenen Sprachen, auch auf Ukrainisch, im Internet über das Hilfeportal „Germany for Ukraine“ unter <https://www.germany4ukraine.de/hilfeportal-de> oder <https://handbookgermany.de/> zur Verfügung gestellt.

Ihr Aufenthaltsrecht

Auch wenn Sie noch keinen vorübergehenden Schutz in Deutschland bei einer Ausländerbehörde beantragt oder erhalten haben, ist ihr Aufenthalt bis zum 31. August 2022 auch ohne deutsche Aufenthaltserlaubnis erlaubt. Bitte informieren Sie sich jedoch rechtzeitig bei der für Ihren Wohnort örtlich zuständigen Ausländerbehörde über die Möglichkeit, einen Antrag für eine Aufenthaltserlaubnis zum vorübergehenden Schutz zu stellen und zu erhalten, wenn Sie dies noch nicht getan haben. Über diese Internetseite finden Sie die für Sie örtlich zuständige Ausländerbehörde: <https://bamf-navi.bamf.de>. Viele Ausländerbehörden informieren über ihren Internetauftritt zu wichtigen Themen, der Möglichkeit Termine zu vereinbaren oder zu buchen und welche Unterlagen zu einem Termin mitzunehmen sind.

Grundsätzlich erhalten Sie nach Antragstellung bei der für Sie zuständigen Ausländerbehörde nach Vorlage Ihrer Identitätsdokumente und Registrierung Ihrer Personalien eine vorläufige Bescheinigung („Fiktionsbescheinigung“) über Ihr Aufenthaltsrecht in Deutschland. Des Weiteren wird die Ausstellung einer Karte vorbereitet, mit der Ihr Aufenthaltsrecht in einem in der Europäischen Union einheitlichen Format bescheinigt werden kann. Es kann aber auch sein, dass Sie anstelle der Karte eine Aufenthaltserlaubnis in Form eines Aufklebers in Ihrem Pass erhalten.

Mit der vorläufigen Bescheinigung und später mit der Karte oder dem Pässeinkleber können Sie Ihr Aufenthaltsrecht in Deutschland nachweisen. Aus diesen Dokumenten können Sie auch ersehen, wie lange der Schutz zunächst gewährt wurde.

Wenn Sie die Voraussetzungen für eine Aufenthaltserlaubnis aus einem anderen Grund erfüllen, können Sie – auch später noch – eine solche andere Aufenthaltserlaubnis beantragen. Die Voraussetzungen kann Ihnen die für Sie zuständige Ausländerbehörde erläutern.

Sie können den Antrag bei vielen Ausländerbehörden auch online über die Internetseite www.germany4ukraine.de/hilfeportal-de online stellen. Der Online-Dienst wird dort unter anderem auf Ukrainisch angeboten. Ebenfalls ermittelt der Online-Dienst die für Sie zuständige Behörde. Nach einer online Beantragung erhalten Sie eine Antragszusammenfassung mit den von Ihnen eingegebenen Daten und Informationen zum weiteren Ablauf. Der Antrag wird dann an die für Sie zuständige Ausländerbehörde weitergeleitet. Diese nimmt dann mit Ihnen Kontakt auf. Auf dem Internetportal finden Sie auch Informationen zu weiteren Fragen des Aufenthaltsrechts. Sollten Sie bei Ihrer zuständigen Behörde keinen Online-Antrag über das Portal Germany4Ukraine stellen können, informieren Sie sich bitte bei dieser Behörde, ob ein eigener Online-Service angeboten wird.

Reisepass und Reiseausweis

Wenn Sie keinen gültigen Reisepass besitzen können Sie unter bestimmten Voraussetzungen einen Reiseausweis für Ausländer erhalten. Bitte wenden Sie sich hierzu an die für Sie zuständige Ausländerbehörde.

Erwerbstätigkeit

Wenn Sie ein Dokument erhalten, auf dem die deutschsprachigen Wörter

„Erwerbstätigkeit erlaubt“

geschrieben stehen, dürfen Sie in Deutschland eine Erwerbstätigkeit ausüben. Vor dem Erhalt eines solchen Dokuments dürfen Sie es allerdings nicht. Bitte informieren Sie sich über Ihre mit einer Erwerbstätigkeit verbundenen steuerrechtlichen und sozialversicherungsrechtlichen Pflichten. Erste Informationen erhalten Sie als Arbeitnehmende auch bei der Bundesagentur für Arbeit (<https://www.arbeitsagentur.de/>).

Beachten Sie bitte, dass grundsätzlich deutsche Vorschriften (Mindestlohn, Sozialversicherungsrecht, Steuerrecht) anwendbar sind, wenn Sie in Deutschland arbeiten. Dies gilt auch für Online-Tätigkeiten für ausländische Arbeitgeber. Arbeitgeber, die Menschen beschäftigen, die sich nicht nur sehr kurz in Deutschland aufhalten, müssen deutsches Recht beachten und sich in Deutschland registrieren – auch wenn sie ihren Sitz woanders haben.

Sie dürfen auch eine selbstständige Tätigkeit ausüben. Bitte informieren Sie sich darüber, welche weiteren Genehmigungen Sie hierfür bei den zuständigen Behörden einholen oder welche Anzeigen Sie dort erstatten müssen, vor allem bei der Gewerbebehörde

und dem Finanzamt. Sie können sich hierzu auch an eine geeignete Beratungsstelle, etwa eine Industrie- und Handelskammer wenden (<https://www.ihk.de/>).

Falls Sie über eine abgeschlossene Berufsausbildung oder ein abgeschlossenes Studium verfügen und Fragen zur beruflichen Anerkennung haben, können Sie sich zur Beratung (deutsch/ englisch) an die „Hotline Arbeiten und Leben in Deutschland“ wenden, die Sie unter folgenden Kontaktdaten erreichen:

Telefon: +49 30 1815 1111 (Montag - Freitag, 08:00 - 18:00 Uhr MEZ)

E-Mail: www.make-it-in-germany.com/de/mail

Besonderheit bei einer Wohnsitzzuweisung und deren Aufhebung oder Änderung

Grundsätzlich können Sie sich innerhalb Deutschlands frei bewegen. Solange Sie allerdings zur Sicherung Ihres Lebensunterhalts Hilfe- und Unterstützungsleistungen (Sozialleistungen) bekommen, kann es sein, dass Sie einen bestimmten und festen Wohnort behalten müssen. Dies geschieht, damit die Kosten der Lebensunterhaltssicherung im ganzen Land gleich verteilt werden. Wenn Sie eine solche Auflage erhalten haben, wurde Ihnen dies mitgeteilt. Die Wohnsitzauflage kann aufgehoben werden, wenn Sie oder ein Familienmitglied zum Beispiel Ihren Lebensunterhalt selbst sichern oder wenn Sie Ihren Wohnort wechseln müssen, um Ihren Lebensunterhalt zu sichern. Entsprechendes gilt, wenn Sie beabsichtigen, eine Ausbildung oder ein Studium aufzunehmen. Aus besonderen Gründen, etwa um eine zerrissene Familie wieder zusammenzuführen, kann ebenfalls eine Wohnsitzauflage ebenfalls aufgehoben werden. Eine Wohnsitzauflage ist kein Reiseverbot; Sie können also innerhalb Deutschlands frei reisen, aber nicht ohne Erlaubnis umziehen.

Sie können auch eine Wohnsitzverlegung in einen anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union beantragen. Wenn diesem Antrag stattgegeben wird, erhalten Sie eine „Bescheinigung über die Wohnsitzverlegung“. In dieser Bescheinigung steht dann auch, wo Sie sich – mit dieser Bescheinigung – in dem anderen Mitgliedstaat melden müssen.

Wenden Sie sich bitte wegen aller Fragen wegen der Wohnsitzauflage und der Wohnsitzverlegung an die für Sie zuständige Ausländerbehörde, nicht an die Meldebehörde.

Reisen innerhalb des Schengen-Raums

Sobald Sie eine Karte oder eine Aufenthaltserlaubnis in Form eines Aufklebers in Ihren Pass erhalten haben, die ihren Aufenthaltstitel bescheinigt (nicht die vorläufige Bescheinigung), dürfen Sie mit dieser und zusammen mit einem gültigen Reisepass oder Reiseausweis für Ausländer auch für einen Zeitraum von bis zu 90 Tagen innerhalb eines Zeitraums von 180 Tagen in andere Schengen-Staaten reisen, sofern Sie diese Reise selbst finanzieren können. Ohne Erlaubnis des anderen Staates dürfen Sie aber nicht dort arbeiten. Ausgenommen sind typische Geschäftsreisetätigkeiten (zum Beispiel

Messebesuche oder das Führen von geschäftlichen Verhandlungen für Ihren deutschen Arbeitgeber).

Erlöschen des Aufenthaltsstatus und dessen Verhinderung

Wenn Sie sich länger als sechs Monate außerhalb Deutschlands aufhalten, erlischt Ihre Aufenthaltserlaubnis. Wenn Sie sich für einen vorübergehenden Zweck länger als sechs Monate außerhalb Deutschlands aufhalten möchten, etwa für einen langen Verwandtenbesuch im Ausland oder eine berufliche Tätigkeit, lassen Sie sich diese Frist zuvor bei der Ausländerbehörde verlängern. In diesem Fall erlischt Ihre Aufenthaltserlaubnis nicht, wenn Sie in der von der Ausländerbehörde genehmigten Frist wieder nach Deutschland einreisen.

Weitere Informationen

In diesem Merkblatt geht es nur um Ihr Aufenthaltsrecht. In der ersten Zeit Ihres Aufenthaltes in Deutschland werden Sie noch weitere Informationen benötigen, die über die Informationen dieses Merkblattes hinausgehen.

Hierzu finden Sie unter www.germany4ukraine.de/hilfeportal-de umfassende Informationen, insbesondere zu:

- Unterkunft,
- finanzieller Unterstützung,
- medizinische Versorgung,
- Spracherwerb
- Arbeit und Arbeitsvermittlung
- Bildung und Schulbesuch

Wichtiger Hinweis:

Zu Beginn ihres Aufenthalts in Deutschland sind sie bei Hilfsbedürftigkeit zumeist berechtigt Sozialleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zu beziehen. Diese Asylbewerberleistungen beantragen sie bei der örtlichen Leistungsbehörde (Sozialamt).

Aufgrund einer Gesetzesänderung können sie ab dem 1. Juni 2022, sobald sie eine Aufenthaltserlaubnis zum vorübergehenden Schutz beantragt haben, Ihre (biometrischen) Daten in diesem Zusammenhang erfasst wurden und ihnen zum Nachweis der Antragstellung eine Fiktionsbescheinigung ausgestellt worden ist oder Ihnen bereits eine Aufenthaltserlaubnis zum vorübergehenden Schutz erteilt wurde, Sozialleistungen nach dem Sozialgesetzbuch II oder XII erhalten. Diese Leistungen sind für die Betroffenen günstiger ausgestaltet. In diesen Fällen ändert sich auch die Behörde, bei der Sie Sozialleistungen beantragen können. Sobald Sie die zuvor genannten Voraussetzungen erfüllen, wenden Sie sich bitte zur Antragstellung an die Jobcenter der Bundesagentur für Arbeit. Auch wenn Sie bereits zuvor Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

bezogen haben, müssen Sie schnellstmöglich einen neuen Antrag beim nun zuständigen Jobcenter stellen.

Antworten auf Fragen

- im Zusammenhang mit Ihren Dokumenten und steuer- und sozialrechtlichen Fragen
- zu Kontoeröffnung, Mobilfunk, Internet, Miete,
- wie Sie einen Führerschein auf einen EU-Führerschein umschreiben,
- wie Sie Personen, von denen Sie eventuell gesucht werden, über Ihre Erreichbarkeit und darüber unterrichten können, dass Sie Schutz gefunden haben, und
- wie Sie sich an Ihrem Wohnort registrieren (Meldewesen).

geben Ihnen die Internetportale <https://www.germany4ukraine.de/hilfeportal-de> und <https://handbookgermany.de/> sowie die Internetseiten der für Sie zuständigen Ausländerbehörde und weitere Merkblätter, die Sie in den Ausländerbehörden erhalten können.

Fact sheet for people who have fled Ukraine and are seeking temporary protection in the Federal Republic of Germany

The fact sheet is intended for those persons who are covered by the Council Implementing Decision (EU) 2022/382 of 4 March 2022 establishing the existence of a mass influx of displaced persons from Ukraine within the meaning of Article 5 of Directive 2001/55/EC and having the effect of introducing temporary protection (OJ L 71 of 4 March 2022, p. 1) and who are residing in the Federal Republic of Germany.

Rights and obligations related to temporary protection

You have received or applied for temporary protection in the Federal Republic of Germany because of Russia's attack on Ukraine. This fact sheet provides information on the main rights and obligations under residence law related to temporary protection. The fact sheet does not include information on all general topics important for new immigrants to Germany. General information is available online in several languages, including Ukrainian, at <https://www.germany4ukraine.de/hilfeportal-en> and <https://handbookgermany.de/en.html>.

Your right of residence

You may reside in Germany until 31 August 2022 without a German residence permit even if you have not yet applied for or received temporary protection from a foreigners authority in Germany. However, if you have not yet done so, you should contact your local foreigners authority soon to find out about applying for and receiving a residence permit for the purpose of temporary protection before 31 August 2022. You can find your local foreigners authority here: <https://bamf-navi.bamf.de/en/>. Many foreigners authorities have a website with information on important topics, where you can make appointments and find out which documents you will need to take with you to your appointment.

At the foreigners authority, after you present your identity documents, register your personal information and apply for temporary protection, you will receive a temporary document confirming your right of residence in Germany. The foreigners authority will then prepare a card, in a standard European Union format, confirming your right of residence. Or you may receive your residence permit in the form of a sticker in your passport.

The temporary document you receive initially and the permanent card or passport sticker you will receive later both serve as proof of your right of residence in Germany. These documents also show how long your temporary protection will last.

If you fulfil the conditions for a residence permit for other reasons, you may apply for a residence permit on that basis, either when you first arrive in Germany or later on. Your local foreigners authority can explain these conditions.

Many foreigners authorities will let you apply for a residence permit online at <https://www.germany4ukraine.de/hilfeportal-en>, which is also available in Ukrainian. It will also find the foreigners authority responsible for you. After applying for a residence permit online, you will receive a summary showing the information you entered and explaining the next steps in the process. Next, your application will be forwarded to the foreigners authority responsible for you, which will then contact you. On the website, you will also find information about other residence law issues. If you are not able to submit an online application to your foreigners authority using www.Germany4Ukraine, please ask your foreigners authority whether it offers its own online application process.

Passport and travel document

If you do not have a valid passport, under certain conditions you may be able to get a travel document for foreigners. Please contact your local foreigners authority for more information.

Work

As soon as you have received a document which includes the words

“Erwerbstätigkeit erlaubt”

you are allowed to work in Germany. You are not allowed to work until you have received such a document. Please find out what your employment-related obligations are under tax and social insurance law. You can also find information on the website of the Federal Employment Agency (<https://www.arbeitsagentur.de/en/welcome>)

Please note that German law (for example, on the minimum wage, social insurance law, tax law) applies if you work in Germany. It also applies if you work online for a foreign employer. Employers whose workers live in Germany for more than a very short time must obey German law and be registered in Germany, even if their headquarters are in another country.

If you have a document with the words “Erwerbstätigkeit erlaubt”, you are also allowed to work as a self-employed person. Please find out which additional permits for self-employment you need to obtain from the responsible authorities, in particular the tax office or trade supervisory authority, and what notifications you must send them. You can find out more from an appropriate advisory service, such as a chamber of industry and commerce (<https://www.ihk.de/>, available in German only).

If you have completed vocational training or a higher education degree and have questions about receiving recognition for your qualifications, you can contact the telephone helpline (in German and English) for working and living in Germany at this number:

+49 30 1815 1111 (Monday–Friday, 08:00–18:00 Central European Time)

or via email: www.make-it-in-germany.com/de/mail

Assignment to a certain place of residence

In principle, you can move freely within Germany. However, while you are receiving social welfare benefits to ensure your subsistence, you may be required to live in a certain town or city. This is intended to distribute the costs of ensuring subsistence evenly across the country. You will be informed if you are required to live in a certain town or city. When you are able to support yourself, or a family member is able to support you, or if you must move to a new town or city in order to be able to earn your living, the requirement to live in a certain place can be lifted. It may be lifted if you plan to start vocational training or higher education. Or it may be lifted for special reasons, such as to reunite family members who have been separated. An assignment to a certain place of residence does not mean you cannot travel: you may travel freely within Germany, but you may not move to a new place of residence without permission.

You may also apply to relocate to another European Union member state. If your application is approved, you will receive a certificate confirming relocation (*Bescheinigung über die Wohnsitzverlegung*). This certificate will also tell you where you will need to present the certificate in the other member state.

If you have any questions regarding relocation or your assignment to a certain place of residence, please contact your local foreigners authority.

Travel within the Schengen area

As soon as you have received a permanent card or passport sticker confirming your right of residence, you may use the card with your valid passport or travel document for foreigners to travel to another Schengen member state for up to 90 days in a 180-day period, if you can pay for your travel yourself. However, you are not allowed to work in the other country without its permission. Exceptions are allowed for typical business travel, such as visiting trade fairs or conducting business negotiations for your German employer.

Expiry of your residence status

If you leave Germany for more than six months, your right of residence will expire. If you would like to reside outside of Germany for more than six months for a temporary purpose, such as visiting relatives abroad or for employment, please contact your foreigners authority in advance to extend this six-month period. In this case, your right of residence will not expire if you return to Germany within the time period approved by the foreigners authority.

Further information

This fact sheet only addresses your right of residence. When you first arrive in Germany, you will need more information than is included in this fact sheet.

You can find much more information at <https://www.germany4ukraine.de/hilfeportal-en>, in particular about

- accommodation,
- financial support,
- medical care,
- learning German,
- working and finding a job,
- education and schools.

Important:

If you need assistance when you first arrive in Germany, in most cases you will be eligible for social welfare benefits under the Asylum Seekers Benefits Act (*Asylbewerberleistungsgesetz*). You can apply for these benefits at your local benefits office (*Sozialamt*).

Based on an amendment of the law, starting 1 June 2022 you can receive social benefits under the Social Code Book II or Book XII, as soon as you have applied for a residence permit for the purpose of temporary protection, your (biometric) data have been collected, and you have been issued a temporary document confirming your right of residence in Germany or a residence permit for the purpose of temporary protection. These benefits are more advantageous for recipients than those offered under the Asylum Seekers Benefits Act. The amended law means that you will be able to apply for social benefits from a different authority. As soon as you have applied for or been issued a residence permit for the purpose of temporary protection, you should apply for social benefits at your local job centre run by the Federal Employment Agency. Even if you have been receiving benefits under the Asylum Seekers Benefits Act, you need to submit a new application at your local job centre as soon as possible.

You can find answers to questions about

- your documents and about tax and social law issues,
- opening a bank account, getting mobile phone and internet service, and renting a flat,
- having your driving licence converted to an EU driving licence,
- contacting people who may be looking for you to let them know that you are safe, and about
- registering your address

at <https://www.germany4ukraine.de/hilfeportal-en>, <https://handbookgermany.de/en.html> and the website of your local foreigners authority. Additional fact sheets are also available at the offices of the foreigners authorities.

Пам'ятка для біженців із України, які шукають тимчасовий притулок у Федеративній Республіці Німеччина

Ця пам'ятка призначена для осіб, на яких поширюється виконавче рішення Ради (ЄС) 2022/382 від 4 березня 2022 року щодо констатації існування масового припливу переміщених осіб із України у значенні ст. 5 Директиви 2001/55/ЄС, що приводить до тимчасового захисту (Офіційний вісник ЄС L 71 від 4.3.2022 р., с. 1), які перебувають у Федеративній Республіці Німеччина.

Права й обов'язки в рамках тимчасового захисту

У зв'язку з російським вторгненням в Україну ви подали у Федеративній Республіці Німеччина заяву на тимчасовий захист або вже отримали його. Ця пам'ятка надасть вам інформацію щодо основних прав і обов'язків, пов'язаних із перебуванням. Пам'ятка не містить інформацію щодо всіх аспектів, важливу для тих, хто прибуває до Німеччини. Таку інформацію можна отримати багатьма мовами, зокрема, українською, в інтернеті на порталі допомоги «Germany for Ukraine» за адресою <https://www.germany4ukraine.de/hilfeportal-de> або <https://handbook-germany.de/>.

Ваше право на перебування

Навіть якщо ви ще не подали заяви у відомство у справах іноземців на тимчасовий захист у Німеччині або не отримали його, вам дозволяється перебування в Німеччині до 31 серпня 2022 року й без дозволу на перебування в Німеччині. Будь ласка, зверніться все ж таки вчасно до відомства у справах іноземців, що відповідає за ваш населений пункт, за інформацією про можливість подання заяви й отримання дозволу на перебування для тимчасового захисту, якщо ви ще не зробили цього. На цій інтернет-сторінці ви знайдете відомство у справах іноземців, що відповідає за вас на місці: <https://bamf-navi.bamf.de>. Багато відомств у справах іноземців на своїх інтернет-сторінках оприлюднюють інформацію щодо важливих питань, можливості узгодження або отримання часу співбесіди й документів, що необхідно взяти на зустріч.

Загалом після подання заяви у відповідне відомство у справах іноземців на підставі документів, що засвідчують вашу особу, і реєстрації ваших особистих даних ви отримаєте тимчасове підтвердження (Fiktionsbescheinigung) про статус вашого перебування у Німеччині. Після цього на вас буде оформлено картку, що в єдиному форматі зможе засвідчити ваше право на перебування в Європейському Союзі. Але може статися й так, що замість картки ви отримаєте дозвіл на перебування у вигляді наклейки в паспорті.

За допомогою тимчасового підтвердження, а пізніше картки або наклейки в паспорті ви зможете підтвердити своє право на перебування у Німеччині. У цих документах також зазначається, як довго попередньо триватиме цей захист.

Якщо ви відповідаєте критеріям для отримання дозволу на проживання з інших причин, ви можете подати іншу заяву на такий дозвіл і пізніше. Інформацію щодо критеріїв ви можете отримати у відомстві у справах іноземців, що відповідає за вас.

У багатьох відомствах у справах іноземців заяву можна подати і в онлайн-форматі через інтернет-сторінку www.germany4ukraine.de/hilfeportal-de. Онлайн-сервіс пропонується в них, зокрема, і українською мовою. Через онлайн-сервіс ви дізнаєтеся також, яке відомство відповідає за вас. Після подання онлайн-заяви ви одержите документ із внесеними вами даними й інформацією щодо подальших дій. Згодом заяву буде передано до відомства у справах іноземців, що відповідає за вас. Воно зв'яжеться з вами. На інтернет-порталі ви знайдете також інформацію щодо інших питань про право на перебування. Якщо у вашому відомстві не можна подати онлайн-заяву через портал Germany4Ukraine, запитайте, будь ласка, у відомстві, чи є там власний онлайн-сервіс.

Закордонний паспорт і проїзний документ

У разі відсутності у вас дійсного закордонного паспорта за певних умов ви можете отримати проїзний документ іноземця. З питанням щодо цього зверніться, будь ласка, у відомство у справах іноземців, що відповідає за вас.

Працевлаштування

Якщо ви отримали документ, у якому німецькою мовою написано

«Erwerbstätigkeit erlaubt»,

ви можете здійснювати в Німеччині трудову діяльність. Але до одержання такого документа ви не маєте на це права. Будь ласка, ознайомтеся з обов'язками, що в разі працевлаштування впливають для вас у зв'язку з податковим правом і соціальним страхуванням. Початкову інформацію як найманий працівник ви отримаєте й у Федеральній агенції зайнятості (<https://www.arbeitsagentur.de/>).

Просимо звернути увагу на те, що в разі здійснення трудової діяльності в Німеччині на вас у цілому поширюються німецькі приписи (мінімальна зарплата, норми соціального страхування, податкове законодавство). Це стосується й онлайн-діяльності для іноземних роботодавців. Роботодавці, які забезпечують зайнятістю осіб, котрі перебувають у Німеччині відносно тривалий час, мають дотримуватися

німецького законодавства й зареєструватися в Німеччині – навіть якщо мають місце проживання в іншому місці.

Ви можете також здійснювати індивідуальну підприємницьку діяльність. Будь ласка, ознайомтеся з тим, які додаткові дозволи ви маєте отримати для цього у відповідних органах влади або які дані маєте там надати, передусім – у відомстві реєстрації й нагляду за підприємницькою діяльністю й у податково-фінансовому управлінні. З цих питань ви можете звернутися й у відповідний консультаційний центр, наприклад, у Торговельно-промислову палату (<https://www.ihk.de/>).

Якщо ви маєте закінчену професійну або закінчену вищу освіту й у вас виникли запитання щодо визнання професії, ви можете звернутися за консультацією (німецькою/англійською мовами) у службу «Гаряча лінія з питань працевлаштування й життя в Німеччині», контактні дані якої розміщено нижче:

телефон: +49 30 1815 1111 (понеділок - п'ятниця, 08:00 - 18:00 год.
центральноевропейського часу)

Ел. пошта: www.make-it-in-germany.com/de/mail

Особливості розподілу до місць проживання, їхні скасування або зміна

Загалом ви можете вільно пересуватися в межах Німеччини. Але поки ви отримуєте для забезпечення життя допомогу й підтримку (соціальні виплати), може статися, що вам доведеться залишатися у певній визначеній громаді. Цим досягається рівномірний розподіл коштів для забезпечення життя в усій країні. Якщо на вас поширюється таке обмеження, вас поінформували про нього. Обмеження у праві вибору місця проживання може бути скасованим, якщо ви або один із членів сім'ї, наприклад, зможете самостійно забезпечувати себе або будете змушені поміняти місце проживання, аби самостійно забезпечувати своє життя. Таке правило діє і в разі, якщо ви маєте намір розпочати отримання професійної або вищої освіти. Обмеження у виборі місця проживання може бути скасованим і з інших міркувань, наприклад, для возз'єднання розірваної сім'ї. Обмеження у праві вибору місця проживання не є заборонаю на поїздки. У межах Німеччини ви можете вільно пересуватися, але не можете міняти місце проживання.

Ви можете подати заяву і на перенесення місця проживання до іншої країни-члена Європейського Союзу. Якщо таку заяву буде задовільнено, ви отримаєте «підтвердження про зміну місця проживання». У цьому підтвердженні буде також зазначено, куди вам – із цим документом – треба з'явитися в іншій країні-члені ЄС.

Будь ласка, з усіх питань щодо обмеження у праві вибору місця проживання і зміни місця проживання звертайтеся до відомства у справах іноземців, що відповідає за вас, а не до відомства реєстрації громадян.

Поїздки в межах Шенгенської зони

Якщо ви отримали картку або дозвіл на перебування у вигляді наклейки в паспорті, що підтверджують ваше право на перебування (не тимчасове підтвердження), ви можете подорожувати з нею і разом із дійсним закордонним паспортом або проїзним посвідченням іноземця строком до 90 днів протягом 180 днів і до інших країн Шенгенської угоди, якщо можете профінансувати таку поїздку. Але без дозволу іншої країни ви не можете там працювати. Винятком є звичайна для ділових поїздок діяльність (наприклад, відвідування виставок або проведення ділових зустрічей за дорученням вашого німецького роботодавця).

Скасування права на перебування та недопущення цього

Якщо ви перебуваєте за межами Німеччини понад шість місяців, ваше право на перебування буде скасовано. Якщо ви хочете залишити Німеччину з тимчасовою метою більше ніж на шість місяців, наприклад, для довготривалого відвідування рідних за кордоном або в робочих справах, попросіть відомство у справах іноземців перед цим продовжити цей строк. У цьому разі дозвіл на перебування не буде скасовано, якщо ви знову в'їдете до Німеччини в рамках дозволеного відомством у справах іноземців строку.

Додаткова інформація

У цій пам'ятці йдеться лише про ваше право на перебування. На перших порах вашого перебування в Німеччині вам знадобиться інформація, що виходить за рамки викладеного в цій пам'ятці.

За адресою www.germany4ukraine.de/hilfeportal-de ви знайдете чимало інформації, зокрема, щодо таких питань:

- житло,
- фінансова підтримка,
- медичне забезпечення,
- оволодіння мовою,
- робота й допомога у працевлаштуванні,
- освіта й відвідування школи.

Важлива інформація

На початку вашого перебування в Німеччині в разі потреби в допомозі ви здебільшого маєте право отримувати соціальні виплати згідно з Законом про надання допомоги особам, які претендують на отримання притулку. Заяву на отримання цих соціальних виплат треба подавати в місцевий орган надання підтримки (відомство соціального забезпечення).

У зв'язку із внесенням змін до законодавства з 1 червня 2022 року ви можете отримувати соціальні виплати згідно з Кодексом соціального забезпечення II або XII, якщо ви подали заяву на отримання дозволу на перебування для тимчасового захисту, ваші (біометричні) дані в цьому зв'язку було взято на облік, а як засвідчення подання заяви вам було видано тимчасове підтвердження або якщо ви вже отримали дозвіл на перебування для тимчасового захисту. Отримання такої підтримки спрощується для одержувачів. У цьому разі змінюється й відомство, у яке ви можете подати заяву на отримання соціальних виплат. Якщо ви відповідаєте зазначеним вище критеріям, для подання заяви звертайтеся, будь ласка, у центр зайнятості Федерального агентства зайнятості. Навіть якщо ви раніше вже отримували виплати згідно з Законом про надання допомоги особам, які претендують на отримання притулку, вам необхідно якнайскоріше подати нову заяву в центр зайнятості, що відтепер відповідає за ці питання.

Відповіді на запитання

- щодо ваших документів і податково-правових і соціально-правових аспектів,
- щодо відкриття рахунку, мобільного зв'язку, інтернету, оренди житла,
- як вам отримати водійське посвідчення ЄС на підставі власного водійського посвідчення,
- як вам поінформувати осіб, які, можливо, розшукують вас, про свої контактні дані та про те, що ви знайшли захист і
- як вам зареєструватися за місцем проживання (система реєстрації),

ви знайдете на інтернет-порталах <https://www.germany4ukraine.de/hilfeportal-de> і <https://handbookgermany.de/>, а також на інтернет-сторінках відомства у справах іноземців, що відповідає за вас, і в інших пам'ятках, які ви можете отримати у відомствах у справах іноземців.